

Breslauer



Zeitung

N^o. 200.

Montag den 21. Juli

1851.

Inhalt. Preußen. Berlin. (Amtliches.) — (Personal-Veränderungen in der Armee.) — (Die Reise Sr. Majestät des Königs.) — (Zur Tages-Chronik.) — Aus Westpreußen. (Gefährd.) — Köln. (Zuschrift des Gemeinderaths an Herrn v. Auerwald.) — (Das an Herrn v. Reumont gerichtete päpstliche Breve.) — Düsseldorf. (Stechbriefliche Verfolgung Freiligraths.) — Deutschland. Frankfurt. (Der Bundestag.) — Aus Thüringen. (Die Heimaths-Konvention.) — Greiz. (Einführung der Konstitution in Aussicht.) — Arolsen. (Außerordentlicher Landtag.) — Kiel. (Die Notabeln-Versammlung.) — Oesterreich. Wien. (Tagesbericht.) — Frankreich. Paris. (General-Magnan. Der Staatsrath.) — (Die Revisionsdebatte.) — Schweiz. Bern. (Die Wahl Stämpfli's.) — Aus dem Jura. (Umschlag der öffentlichen Meinung.) — Großbritannien. London. (Die Cap-Angelegenheit.) — (Kardinal Wisemann.)

Telegraphische Depesche der Breslauer Zeitung.

Paris, 20. Juli. Bei Abstimmung über die Revisionsfrage haben für Revision 446, dagegen 278 gestimmt. Der Revisions-Antrag ist somit verworfen.

Telegraphische Nachrichten.

Paris, 18. Juli, Abends 8 Uhr. In einer fortgeführten Revisions-Debatte will Baroche die legale Revision auf Grund des Wahlgesetzes vom 31. Mai. Die jetzige Constitution, sagte er, sei gegen eine Persönlichkeit gerichtet. Dufaure, Cavaignac und Lamoriciere protestiren gegen diesen Ausdruck unter großer Aufregung. Baroche spricht gegen jede Furcht vor einem Staatsstreich. Victor Hugo ergreift hiergegen das Wort; neuer furchtbarer Tumult. Desflotte will sprechen, ihm wird aber das Wort entzogen. Dufaure besteigt die Tribüne und spricht gegen die Revision. Die jetzige Constitution, sagte er, genüge Frankreich, eine ungesekliche Wiederwahl Napoleons sei unmöglich.

Paris, 18. Juli, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 05. 5% 95, 27.

London, 18. Juli, Nachm. 5 Uhr 30 Min. Consols 96 3/4, 7/8. Hamburg 3 Monat Wechsel 13 Mark 7 1/4, 3/4 Schilling. Weizen, etwas gestiegen. Gerste, Hafer, besser. (Berl. Bl.)

Berona, 16. Juli. Ihre Majestäten der König und die Königin von Sachsen sind vorgestern hier angelangt und vom FML. Radetzky empfangen worden.

Turin, 15. Juli. Der Senat hat die Schifffahrt- und Handelsstrakte mit der Schweiz, Frankreich und Holland angenommen. Auf morgen sind der Senat und die Deputiertenkammer einberufen worden. Es handelt sich um den Schluß der Session und die dazu erforderlichen Einleitungen. Dem Vernehmen nach haben die Genueser eine Petition gegen die Industrialsteuer und die damit in Verbindung stehende Durchsicht der Handelsbücher eingereicht.

Portoferrajo, 12. Juli. Der Sturm warf gestern einen von Portoferrajo nach Genua fahrenden sardinischen Dampfer hierher, welcher Saffaris, ehemaligen Erzbischof Marongiu, am Bord hatte. Obschon incognito reisend, wurde Marongiu mit Glockengeläute und militärischen Ehren empfangen.

Bologna, 11. Juli. FML. Robiti ist heute nach Toscana und Modena zur Inspektion der k. k. Truppen abgereist.

Preußen.

Berlin, 19. Juli. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben vorgestern Vormittag um 10 Uhr im Schlosse zu Bellevue dem zum königlich großbritannischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister bei Allerhöchstdenelben ernannten Pair von Irland, Lord Bloomfield, eine Privat-Audienz zu ertheilen und aus dessen Händen ein Schreiben seiner Souveränin entgegen zu nehmen geruht, wodurch derselbe in der gedachten Eigenschaft am Allerhöchsten Hofe beglaubigt wird.

Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht: Dem ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Glogau, Grafen v. Rittberg, und dem geheimen Oberrechnungsrath v. Rappard zu Potsdam den rothen Adlerorden zweiter Klasse mit Eichenlaub, dem kaiserlich russischen Grenzkommisarius, Obersten v. Kuschkowski zu Suwalki, den rothen Adlerorden dritter Klasse, dem emeritirten Dechanten und Pfarrer Kosciński zu Czarnowo, Regierungs-Bezirk Marienwerder, so wie dem ersten Lehrer an der evangelischen Mädchenschule zu Siegen, Regierungs-Bezirk Arnsberg, den rothen Adlerorden vierter Klasse, desgleichen dem Schullehrer Johann Ernst Hück zu Kösen, Regierungs-Bezirk Merseburg, dem Schullehrer Leuschner in Radis, Regierungs-Bezirk Merseburg, dem Lehrer Holtz zu Pr. Königsdorf, Regierungs-Bezirk Danzig, so wie dem Küster, Organisten und Lehrer Antonius zu Werder, Regierungs-Bezirk Potsdam, das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen.

Dem Kammerherrn und Haupt-Ritterschafts-Direktor Grafen v. Häfeler die Auszeichnung des von des Großherzogs von Hessen und bei Rhein ihm verliehenen Komthurs-Kreuzes erster Klasse vom Verleiher-Orden Philipps des Großmüthigen zu gestatten.

Den Lehrern an dem Gymnasium zu Wesel, Gallenkamp und Heidemann, ist das Prädikat „Oberlehrer“ beigelegt worden.

Angekommen: Der Direktor im Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten, Mellin, aus der Rheinprovinz. — Abgereist: Der Regierungs-Präsident, Freiherr v. Manteuffel, nach Golsen.

Potsdam, 18. Juli. Ihre königliche Hoheit die Prinzessin Johann von Sachsen ist nach Dresden zurückgereist.

(Militär-Wochenblatt.) v. Forstner, Oberst-Lieut. vom 39. Inf. Rgt., zum Kommandanten von Wesel, Schirmer, Major vom 30. Inf. Rgt., zum Kommand. des 1. Bats. 28. Pdv.-Rgt., v. Bülow, Optm. vom 2. Garde-Rgt. zu Fuß, zum Major u. 2. Komdr. des 1. Bats. 4. Garde-Pdv.-Rgt., ernannt. v. Schubert, Major u. Komdr. des 1. Bats. 28. Rgt., ins 39. Inf. Rgt., Febr. v. Bedebur, Major und 2. Komdr. des 1. Bats. 4. Garde-Pdv.-Rgt., ins 30. Inf. Rgt. versetzt. Jungé, Sec. Lt. vom 3. Bat. 29. Rgt., nach abgelegter vorchriftl. Prüfung, als überz. Sec. Lt. ins 38. Inf. Rgt. versetzt. v. Grabowski, Gen. Lt. u. Kommandant v. Wesel, mit Pension, v. Ihun, Gen. Lt., aus seinem bisher. Verhältniß als Offizier von der Armee, der Abschied bewilligt. v. Leszinski, Major vom 5. Art. Rgt., mit der Rgt.-Unif. mit den vorchr. Abz. f. B. u. Pension, Bed., Optm. von dems. Rgt., als Major mit d. Rgt.-Unif. mit den vorchr. Abz. f. B., Aussicht auf Civilversorg. und Pension, der Abschied bewilligt. Weichert, P. Fähnrl. vom 6. Art. Rgt., scheidet aus. Lobbes, Proviant-Amts-Controleur in Mainz, mit Pension in den Ruhestand versetzt, unter Beilegung des Charakters als „Proviant-Meister.“ Gnesow, Kalkulator bei dem Militär-Defonomie-Departement, als Controleur zum Proviant-Amte in Mainz versetzt. Kuh, Assistent bei der Kontrolle für den Brod- und Fourage-Empfang der Truppen, zum Kalkulator ernannt.

Berlin, 18. Juli. [Ueber die Reise Sr. Majestät des Königs] sind, wie wir hören, folgende allerhöchste Bestimmungen getroffen worden: Se. Majestät reisen am 25. von Potsdam um 7 1/2 Uhr per Eisenbahn-Extrazug nach Berlin, und von dort um 8 1/2 Uhr mit einem Extrazuge nach Stettin. Se. Majestät werden Wohnung und Nachtlager im königlichen Schlosse nehmen und gleich nach Allerhöchster Ankunft die in Stettin garnisonirenden Truppen besichtigen. Am Sonnabend, den 26., von Stettin über Stargard (Truppenbesichtigung) bis Kreuz, und von da mit dem Festzuge nach Bromberg, woselbst Se. Majestät um 4 Uhr Mittags ankommen werden. Gleich nach der Ankunft Truppenbesichtigung und Diner im Regierungs-Präsidial-Gebäude. Am demselben Tage noch nach Schwes per Extrapost. Am Sonntag werden Se. Majestät, nachdem Allerhöchstdieselben dem Gottesdienste in Schwes beigewohnt haben, über Reuenburg nach Dirschau reisen, dort den Grundstein legen und sich noch an demselben Tage nach Danzig begeben, wo Allerhöchstdieselben bald nach 10 Uhr ankommen und Ihre Wohnung im Gouvernements-Gebäude nehmen werden. Montag den 28. werden sich Allerhöchstdieselben Vormittags über Rast und Neustadt nach Rausau begeben und gegen Abend nach Danzig zurückkehren. Nachdem am Dienstag in Danzig eine Truppenbesichtigung und Dejeuner stattgefunden hat, werden Se. Majestät über Dirschau, Marienburg und Elbing nach Pr. Holland reisen, dort zur Nacht bleiben und auf diesem Wege, soweit die Zeit dazu reicht, die Damm- resp. Kanal-Besichtigungen vornehmen. Am Mittwoch von Pr. Holland nach Allenstein; Besichtigung der Arbeiten an den Oberländischen Eren. Am Donnerstag von Allenstein über Seeburg, Kößel, Rastenburg nach Pögen, wo Se. Majestät im Gasthof zum deutschen Hause das Nachtlager nehmen werden. Freitag den 1. August von Pögen über Angersburg, Dackheimen nach Gumbinnen. Am Sonnabend von Gumbinnen (vorher Truppenbesichtigung) über Insterburg (ebenfalls Truppenbesichtigung), Taplacken und Tapiau (zwischen beiden Städten an der Chaussee Besichtigung der Truppen aus Wehlau) und Pogau nach Königsberg in Preußen, woselbst Se. Majestät der König um 5 Uhr Nachmittags ankommen, Allerhöchsthre Wohnung im königlichen Schlosse nehmen und Sonntag und Montag den 3. und 4. August verweilen werden. Am Sonntag Enthüllung des Denkmals Friedrich Wilhelms III. und Parade. Am Dienstag werden Se. Majestät auf der Rückreise von Königsberg nach Danzig in Braunsberg Truppenbesichtigung halten und die von den Ständen offerirten Erfrischungen annehmen die Gnade haben. Am Mittwoch nehmen Se. Majestät in einer leichten Chaise den Weg über Karthaus und Saviat bis Dunsöse, woselbst dinirt wird; werden von da über Stolp nach Schlawa reisen und sich zur Nacht nach Wend. Tichow begeben. Am Donnerstag von Schlawa über Kößlin und Körlin (woselbst Truppenbesichtigung) und Raugard (Diner) nach Stettin. Am Freitag von Stettin mit dem Postdampfschiff „Königin Elisabeth“ nach Putbus, woselbst Se. Majestät Wohnung und Nachtlager im fürstl. Schlosse nehmen und den 9. daselbst verweilen werden. Am 10. von Putbus mit demselben Schiffe um 2 Uhr Mittags nach Stralsund, woselbst für Se. Majestät Wohnung und Nachtlager im Kammandanturgebäude bereit stehen. Am Montag von Stralsund per Extrapost über Greifswalde und Anklam nach Neu-Strelitz. In Greifswalde Truppen-Besichtigung. Am Dienstag werden Se. Majestät in Neu-Strelitz verweilen und den Mittwoch von dort nach Berlin resp. Sanssouci zurückkehren. Im Gefolge Sr. Majestät werden sich befinden: der General-Adjutant, General-Lieutenant Graf v. d. Gröben (begleitet Se. Majestät von Danzig durch die Provinz Preußen bis wieder nach Danzig), Hofmarschall Graf v. Keller (kommt direkt nach Königsberg und reist von dort mit Sr. Majestät zurück), Flügel-Adjutant Oberst v. Schöler, Flügel-Adjutant Major Freiherr Hiller v. Gärtringen, Flügel-Adjutant Major v. Boddien, geh. Kabinetstath Maire, Leibarzt General-Stabs-Arzt Dr. Grimm, Ober-Postdirektor, Reise-Postmeister Balde, geh. Kammerer Schöning, Kammerdiener Tiedke u. s. w.

Die in verschiedenen Zeitungen wiederholt auftauchende Insinuation, daß Se. Majestät der König bei seiner bevorstehenden Reise nach Preußen keine Nacht in Königs-

berg zubringen wolle, ist eben nur eine leere Erfindung, indem, wie aus vorstehender Mittheilung hervorgeht, Allerhöchstdieselben dort während Ihres Aufenthalts zwei Nächte verweilen werden.

C. B. Berlin, 19. Juli. [Zur Tages-Chronik.] Se. Majestät der König werden auf Allerhöchster Reise nach der Provinz Preußen, außerdem Bernheim nach, auch von dem Handels-Minister Hrn. v. b. Heydt begleitet werden. Verbürgen können wir diese Nachricht jedoch nicht. — Der Minister-Präsident Freiherr v. Manteuffel wird schon Montag von seinem Ausfluge in die Gegend zurückkehren, sein Bruder, der Regierungs-Präsident, ist ihm nach Drahnsdorf nachgereist. Die Ernennung des Letzteren zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern steht nunmehr bevor. — Ebenso wird die Ernennung des Regierungs-Präsidenten v. Bodelschwingh zu Arnberg zum Finanzminister jetzt als sicher betrachtet.

Der Minister v. Kaumer ist von Swinemünde wieder eingetroffen. — Geh. Ober-Regierungsrath Brüggemann hat seine Inspektion der Schulen in den Fürstenthümern Hohenzollern beendet und befindet sich bereits auf der Rückreise hierher.

Nach der „Allg. Gewerbe-Zeitung“ bestehen gegenwärtig in Preußen 86 Gewerbe-Räthe. Ein von dem Kanzlei-Rath Bleich, dem Bureau-Vorsitzer der zweiten Kammer verfaßtes systematisches Register aller in der letzten Sessions-Periode von der Kammer ausgegangenen Drucksachen weist in vier Hefen 326 Nummern nach. Hierunter sind alle der Kammer vorgelegten Gesetze und die bei ihr eingegangenen Anträge, Amendements und Kommissions-Berichte begriffen. Ein anderes Verzeichniß weist die Reden nach den einzelnen alphabetisch geordneten Namen der Redner mit den betreffenden Stellen im stenographischen Berichte nach.

An der heutigen Börse kam es zu einer sehr heftigen Scene zwischen zwei Bankiers, die sogar mit Thätlichkeiten endigte. Diefelbe war durch den Streit darüber hervorgerufen, daß der eine Theil behauptete, Rheinische Aktien auf Zeit gekauft zu haben, während der andere ein Zeit-Geschäft in Potsdamer Aktien gemacht haben wollte.

[Der Schlossergeselle Deuther,] der, wie wir neulich berichteten, von Berlin, wo er verheirathet und von Spandau, wo er geboren ist, ausgewiesen worden und nach mehrfachen Reisen nach Spandau und zurück endlich dem Arbeitshause überwiesen war, ist gestern aus demselben entlassen. Es ist ihm zur Ordnung seiner Angelegenheit eine Frist von 48 Stunden gestellt; was mit ihm geschehen wird, wenn er nach Ablauf dieser Frist Berlin nicht verlassen, oder aber wenn er sich dann wieder nach Spandau begeben sollte, wissen wir nicht. Eine Verwendung des Theaterdirektors Herrn Deichmann, bei dem er angestellt gewesen, ihm den Aufenthalt hier zu gestatten, ist ohne Erfolg geblieben.

Aus Westpreußen, 10. Juli. [Giftmord.] Ein schauderhaftes Verbrechen kam in Bromberg zur Schwurgerichtsverhandlung. Ein Bauer aus Golojewo hatte seine kranke Frau vergiftet, dazu verführt durch eine heimliche Geliebte, welche die Krankenpflege in seinem Hause übernommen. Letztere verlangte nun nach dem Tode jener Frau die Ehe, worauf ihr Geliebter aber nicht eingehen mochte, aus Furcht, sie möchte auch ihm einst nach dem Leben trachten. Aus Rache zeigte die Verschmähte das gemeinsame verübte Verbrechen der Obrigkeit an. Schon in der Voruntersuchung ergab es sich, daß die Angeklagte schon früher einen Giftmord an einem Manne begangen; gleichwohl leugnete sie hartnäckig beide Verbrechen und behauptete heuchlerisch ihre Unschuld, während der Angeklagte reuig seine Schuld eingestand. Die Geschwornen sprachen das Schuldig aus über Beide, und der Gerichtshof erkannte auf den Tod.

(R. H. 3.)

Köln, 17. Juli. [Zuschrift des Gemeinderaths an Herrn v. Auerwald.] Der Gemeinderath hat in seiner heutigen Sitzung folgende Zuschrift an den Oberpräsidenten Herrn v. Auerwald zu richten beschlossen:

Hochzuverehrender Herr Oberpräsident!

Auch wir empfinden aufs Tiefste das Bedauern, womit die Rheinprovinz Ihr Scheiden aus dem Amte begleitet; die freudigen Hoffnungen, die wir an Ihre amtliche Wirksamkeit knüpfen, werden uns damit aufs Schmerzlichste geraubt.

Nicht minder theilen wir die Empfindungen, die über Anlaß und Motive des Konflikt, der in der höchsten Verwaltungsstelle der Provinz einen Wechsel herbeigeführt, allwärts sich äußern.

Mit den herzlichsten Wünschen für Ihr ferneres Wohlergehen bitten wir, den Ausdruck unserer ausgezeichnetsten Hochachtung und Werthschätzung hochgeneigtest zu genehmigen.

Köln, 18. Juli. [Das an Herrn von Neumont gerichtete päpstliche Breve.] Wie sehr der römische Hof der Aufnahme, welche der päpstliche Nuntius und die andern bei Gelegenheit der Erhebung unseres hochwürdigsten Erzbischofs und des Herrn Fürst-Bischofs von Breslau zum Kardinalat nach Preußen gesandten Abgeordneten in Berlin gefunden, so wie der ganzen würdevollen Behandlung dieser Angelegenheit seitens der königlichen Regierung Gerechtigkeit angedeihen läßt, beweist das Breve, mittelst dessen der heil. Vater unsern rheinischen Landsmann, dem preussischen Geschäftsträger Legationsrath v. Neumont den Pius-Orden verliehen hat. Es heißt folgendermaßen: „Pius P. P. IX. Geliebter Sohn, Gruß und apostolischen Segen. Die Ehrenbezeugungen und Auszeichnungen, welche die Regierung des durchlauchtigsten Königs von Preußen den Männern hat zu Theil werden lassen, welche Wir, der Citter gemäß, zur Ueberbringung der Cardinals-Insignien an Unsere ehrwürdigen Brüder, den in das heilige Kollegium aufgenommenen Erzbischof von Köln und Bischof von Breslau, gesandt haben, sind Uns erfreulich gewesen, und haben Uns veranlaßt zum Beweise Unserer dankbaren Gesinnung gegen gedachte Regierung Dich, geliebter Sohn, mit einem Ehrenzeugniß zu schmücken, der Du solcher Auszeichnung durch Deine hervorragenden Geistes- und Gemüths Gaben vorzugsweise würdig erscheinst. Indem Wir Dir also Unsere besondere Gnade angedeihen lassen wollen, und Dich von allen Exkommunikations- und Interdikts- und sonstigen geistlichen Strafen und Censuren, wenn Du Dir selbe aus irgendeinem Grunde zugezogen haben sollst, um gedachter Ursache willen losprechen, ernennen Wir Dich durch gegenwärtiges Schreiben zum Ritter des Pius-Ordens zweiter Klasse u. s. w. und lassen Dir die Insignien dieses Ordens zustellen, um Dir ein deutlicheres Wahrzeichen Unserer Dir geneigten Gesinnung zu gewähren. Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischerringe, am 3. Juni 1851, Unseres Pontifikats im Vten Jahre. A. Kardinal Lambruschini. Dem geliebten Sohne Alfred v. Neumont, des durchlauchtigsten Königs von Preußen Legationsrath und einstweiligem Geschäftsträger beim heil. Stuhl.“

Düsseldorf, 17. Juli. [Steckbriefliche Verfolgung Freiligraths.] Gegen den Dichter Ferdinand Freiligrath wird demnächst ein Steckbrief erlassen werden; der düsseldorfer Buchhandlung aber, welche sich mit der Verbreitung des inkriminirten zweiten Hefes seiner „politischen und sozialen Gedichte“ befaßt, steht, wie zuverlässig verlautet, die Entziehung der Konzession bevor. Gleichzeitig hat, sicherem Vernehmen nach, der verantwortliche Herausgeber der „Düsseldorfer Zeitung“ eine Verwarnung erhalten.

(Pr. 3.)

Deutschland.

Frankfurt, 17. Juli. [Bundestag.] In der heute um 1 Uhr Nachmittags eröffneten Sitzung des hohen Bundestags waren alle Herren Bundestagsgesandten anwesend.

(D. P. A. 3.)

Aus Thüringen, 17. Juli. [Die Heimathsconvention.] Gestern ist auf der Konferenz in Gotha die Heimathsconvention, unter Vorbehalt der Ratifikation, förmlich abgeschlossen worden. Ein wesentlicher Vortheil und Fortschritt der neuen Convention im Gegensatz zu den alten Verträgen liegt, abgesehen von der dadurch gewonnenen größeren Einheit, darin, daß mit dem Inkrafttreten derselben von sogenannten Heimathlosen, deren Vorhandensein uns immer mit Recht zum Vorwurf gemacht wurde, nicht mehr die Rede sein kann.

Während es bisher nicht selten geschah, daß der Unterthan eines deutschen Staates das Unterthanenrecht über Nacht verlor, wenn er während eines bestimmten Zeitraums in einem anderen deutschen Bundesstaate sich aufgehalten hatte, ohne mit einem vollgültigen Heimathsschein versehen zu sein, behält das Unterthanenrecht jetzt stets so lange seine Kraft, als es nicht nach der inneren Gesetzgebung des bezüglichen Staates aufgehört hat und gleichzeitig ein neues Unterthanenrecht erworben worden ist. Auch für die, welche nach der bisherigen Gesetzgebung nirgend Heimath- und Unterthanenrechte hatten, sind günstige gesetzliche Bestimmungen getroffen worden.

(Pr. 3.)

Greiz, 14. Juli. [Einführung einer Konstitution in Aussicht.] Nachdem in den Tagen vom 16. bis zum 30. v. M. die zu der mit unserer Regierung zu treffenden Vereinbarung eines konstitutionellen Grundgesetzes für unser Fürstenthum vom Lande gewählten Vertrauensmänner nochmals getagt und in diesen Sitzungen sich über verschiedene Seiten der Regierung und zwar wesentlich in konservativer Tendenz proponirte Abänderungen des bisherigen Konstitutionsentwurfes mit der vorschlagenden Staatsbehörde geeinigt haben, auch die in den ersten Tagen l. M. bis zum 9ten versammelt gewesenen Redaktionskommission mit der hierdurch aufs neue bedingten formellen Bearbeitung des Verfassungsmaterials dem Vernehmen nach zu Stande gekommen ist, dürfte die Verkündung und feierliche Einführung der geschaffenen Konstitution in naher Zeit bevorstehen.

(L. 3.)

Arnold, 15. Juli. [Außerordentlicher Landtag.] Durch ein heute publizirtes Ausschreiben sind „höchstem Befehle zufolge die Herren Abgeordneten für Waldeck und Pyrmont auf Montag den 21. d. M. zu einem außerordentlichen Landtage einberufen, um wegen der Revision des Wahlgesetzes vom 23. Mai 1849, so wie wegen einiger anderen, denselben zu machenden Vorlagen in Berathung zu treten.“

(Hann. Pr.)

Kiel, 18. Juli. [Die Notabeln-Versammlung] ist vorgestern geschlossen, und sind die hollsteinischen Mitglieder derselben bereits in die Heimat zurückgekehrt. Die Resultate der Versammlung bestehen natürlicher Weise wie vorauszusehen darin, daß die dänisch-schleswigschen Mitglieder noch mehr in eiderdänischem Sinne verlangen als das regierungsseitig vorgelegte Verfassungsprojekt bietet, daß die Mitglieder aus dem Königreich mit dem Projekt im Wesentlichen sich einverstanden erklären, daß die hollsteinischen Notabeln dahingegen auf den althergebrachten Rechtsansprüchen der Herzogthümer bestehen. Das dreiköpfige Gutachten liegt vor, und welchen Nutzen oder Schaden es den Herzogthümern bringen werde, darüber wird die Zukunft uns belehren. Durch die Ergebnisse der Versammlung sind die deutschen Großmächte jedenfalls in keiner Weise gebunden, geschweige denn die deutsche Bundesversammlung, der das ganze Projekt fremd ist. Schon dies vermag einige Beruhigung zu gewähren; noch mehr thut es aber der Umstand, daß die schleswigschen Notabeln sich überstürzt und durch ein Ueberbieten der Dänen gezeigt haben, daß sie nichts weniger als Vertreter des Herzogthums Schleswig sind.

(H. N.)

Oesterreich.

* **Wien, 19. Juli.** [Tagesbericht.] Der Kaiser tritt übermorgen die galizische Reise an. Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg wird Se. Majestät bis Krakau, der Minister des Innern, Dr. Bach — wie man versichert — höchstdieselben auf längere Zeit begleiten. Der Kaiser wird Dienstag den 22ten in Krakau erwartet. Außer Krakau sollen noch Lemberg und Tarnow sich eines längeren Aufenthaltes Sr. Majestät zu erfreuen haben. — Der Protest gegen die beim Gräzer Militärgerichte in Untersuchung gestandenen kaiserlichen Generale Roth und Philippowitsch ist durch kais. Abolition beendet. General Roth wurde pensionirt, General Philippowitsch zur Disposition gestellt. — Ungeachtet die neuen Preßverordnungen hauptsächlich aus gewissen centrifugalen Bestrebungen im Südosten des Reichs hergeleitet wurden, scheinen dieselben noch keinesweges ihr Ziel erreicht zu haben. Die neueste südslavische Zeitung fordert vielmehr sehr energisch zur Annahme einer gemeinsamen Sprache für alle slavischen Stämme auf, welche aber keine andere, als — die russische sein kann. Solches wäre aber ohne lang verzögernde Berathungen an jedem Einzelnen durch praktischen Gebrauch zur Vollführung zu bringen. — Die Ausdehnung der Tabakkultur auf die übrigen österreichischen Kronländer wird aus dem seitfamen Grunde in Abrede gestellt, weil gegenwärtig — bevor noch ein diesfälliger Beschluß gefaßt ist — die eigenmächtige Pflanzung des Tabaks in einigen Tyroler Gemeinden mit Strenge überwacht wird. — Die Meinung, daß Baron James Rothschild wieder abreisen werde, ohne zu einem bestimmten Anlehens-Abschluß gekommen zu sein, war heute ziemlich verbreitet. Dennoch wollen gut unterrichtete Personen das Zustandekommen eines Anlehens nicht im Geringsten bezweifeln, und überhaupt der Verwirklichung der Regierungsverordnungen im Verlaufe einiger Tage entgegen sehen. Diese Meinung gewinnt an Consistenz durch einen Leitartikel der gouvernementalen Reichszeitung, welchem man wohl eine höhere Inspiration beilegen darf, und der durch den jüngsten Artikel des Wiener Geschäftsberichts über das Schwanken der Valuta hervorgerufen scheint. Derselbe enthält die Mahnung, das Unvermeidliche, und aus der Natur der Verhältnisse Hervorgehende, mit Ruhe und Resignation hinzunehmen. Zugleich wird auf die viel stärkeren Schwankungen im letzten November hingewiesen, welche Handel und Industrie dennoch auch überkommen hätten. Tröstlich wäre es jedenfalls, daß die Variation aus einer günstigen, und nicht wie damals aus einer ungünstigen Conjunktur hervorgegangen sei. Nichts desto weniger scheint eine Uebereinstimmung in den Grundansichten dieses Artikels und des oben erwähnten darin zu liegen, daß auch hier zugegeben und sogar namentlich hervorgehoben wird, daß dem Verkehre noch fühlbarere Wunden, als in der verzögerten Herstellung der Valuta geschlagen werden könnten.

Frankreich.

**** Paris, 17. Juli. [General Magnan. — Der Staatsrath.]** Seit gestern Abend hat der neue Kommandant en chef der Armee von Paris Befehl von den Tuilerien genommen. Der neue Oberbefehlshaber der Armee von Paris, General Magnan, ist 65 Jahr alt und als Mann von großer Energie bekannt. Er hat die großen Kriege des Kaiserreichs, den Feldzug der Restauration in Spanien und den afrikanischen Krieg im Jahre 1830 mitgemacht. Von 1832 bis 1839 diente er als General in Belgien. Nach der Februar-Revolution kommandierte er eine Division der Alpenarmee, die nach der Junischlacht in aller Eile nach Paris berufen wurde, wobei der General seine Truppen in 7 Tagen 120 Stunden Weges zurücklegen ließ. Später übernahm er an Bugeaud's Stelle den Oberbefehl über die ganze Alpenarmee, und befand sich zu Lyon, seinem Hauptquartier, als der blutige Aufstand am 15. Juni 1849 ausbrach. Magnan stellte sich unter das Kommando Gemeau's, der den Militärbezirk befehligte, und führte seine Truppen selbst ins Feuer. Sein Pferd erhielt zwei Kugeln und seine Degenscheide wurde durch eine Kugel in zwei Stücke gerissen. Für seine Theilnahme an der Unterdrückung dieses Aufstandes erhielt Magnan das Großoffizierskreuz der Ehrenlegion. Man schreibt ihm sehr geringe Sympathien für das parlamentarische System zu und seine Berufung an die Spitze der Armee von Paris erregt daher das größte Aufsehen. Was den General Carrelet betrifft, so behält er seinen bisherigen Posten eines kommandirenden Generals des 1. Militärbezirks und der 1. aktiven Division der Armee von Paris, die bekanntlich aus 3 Infanterie-Divisionen, 3 Kavallerie-Brigaden und den zugehörigen Artillerie-Batterien und Genie-Kompagnien auf aktivem Fuß besteht. — Der Staatsrath hat, dem „Dreieck“ zufolge, im Laufe seiner Verhandlungen über den Art. 45 der Verfassung die Ansicht geäußert, daß der Prinz Joinville, obschon aus Frankreich verbannt, dennoch konstitutioneller Kandidat für die Präsidentschaft der Republik sein könne, da er durch kein richterliches Urtheil getroffen sei; daß dagegen Ledru Rollin, in contumaciam verurtheilt, ein unkonstitutioneller Kandidat sein würde.

[Legislative Versammlung.] Den Vorsitz führt Dupin. Fortsetzung der Revisionsdebatte: P. Duprat erinnert am Eingange seiner Rede Berruyer daran, wie es seines großen Talents nicht würdig gewesen, die Republik in der gestrigen Weise hinzustellen, da er doch selbst vor einigen Jahren auf der Tribüne es lächerlich gefunden, die Republik stets im Geleite vom Wohlfahrtsauschuß und der Guillotine darzustellen. „Wir sind die Söhne des Konvents, aber seine unabhängigen Söhne. Und ist der Konvent ein Kampf, und in jedem Kampfe giebt es Opfer.“ (Stimme rechts: Entschuldigen Sie die Heiterkeit nicht.) Wir nehmen den Konvent an als einen Kampf, wir verwerten ihn als Regierung! Sie verabscheuen den Konvent, weil er die Vendee erobert, die Armee Condé's geschlagen und London wieder genommen hat, das Ihre Freunde den Engländern überliefert. Wir aber preisen ihn deswegen. Dufougerais. Er führte die Guillotine durch ganz Frankreich. P. Duprat verliest aus Napoleons Memorial de St. Helene die Stelle, worin es heißt, daß der Feind nicht in den Feldzügen von 1793–1794 geschlagen worden wäre, hätten am 31. Mai die Girondins gestiegen. Das Volk hat übrigens durch Abschaffung der politischen Todesstrafe dieses Blut gesäubert. Man rühmt die Milde der Monarchie, und eine „einzige Nacht“ hat mehr Opfer gekostet, als irgend eine Revolution. Uebrigens war das Leben unserer Väter bewegt genug, daß wir jetzt ihre Asche ruhen lassen können. Die Revisionsfrage kann nach seiner Ansicht nur zwei Resultate herbeiführen: Herstellung der Monarchie oder Präsidentschaftsverlängerung. Die alte Monarchie ist nicht mehr möglich, und eine neue, mit Carochesjacquelin's Berufung an die Nation, ist eben ein Unbding. (Carochesjacquelin verlangt das Wort.) In den Andern Carochesjacquelin's fließen einige Tropfen revolutionäres Blut. Falloux gesteht selbst, er sei ein entnuthigter Monarchist. Berruyer appellirt an die Clientel von 14 Jahrhunderten, aber er sprach nicht von Heinrich V. (Leo de Laborde. Ich werde davon sprechen.) Wir bewundern die Literatur und die großen Minister Ludwigs des Bierzehnten. Wo sind heute die Poeten und die großen Minister? Chateaubriand, der liberale Brochüren schrieb, konnte sich mit dem Königthum nicht vertragen. Thiers überwarf sich mit ihm, und während seiner Zurückgezogenheit stürzte die Revolution das Königthum. Darum ist es nicht möglich. Ein zweiter Grund ist, daß es früher nur eine Monarchie gab, heute aber zwei giebt. Denn die Fustion ist doch nur ein Traum der greisen Eminenzen beider Seiten. Gernern Sie sich doch des Schlosses Ecouen, des Vermächtnisses des letzten Condé und der Preisgebung des Schamgessels einer Frau durch die politischen Leidenschaften auf Schloss Blaye! Und wären denn mit der Vereinigung zweier Familien auch die Sieger und Besiegten von 89, von 1814–30 vereint. Soll die Revision aber, wenn es mit der Monarchie nicht geht, mindestens eine Präsidentschaftsverlängerung herbeiführen? Haben nicht Majoritätsmitglieder die Reden von Dijon und die Reden von Satory denunziert? Kann diese Majorität Bonapartes Amtsdauer verlängern? Man sagt allerdings, es werde kein Enthusiasmus für Bonaparte gefordert, aber man müsse fürchten, er werde wieder gewählt. Was würden Sie von einem Kommandanten sagen, welcher seine Festung dem Feinde überlieferte, aus Furcht, daß dieser sie ihm nehmen könnte? Sind Sie denn dann nicht Mitschuldige der die Verfassung verlegenden Exekutivgewalt? Behalten Sie Ihre persönlichen Ueberzeugungen, aber achten Sie die Verfassung und verschaffen Sie ihr Achtung. Dulken Sie nicht, daß die Minister sie falschen und in Frage stellen, daß Louis Bonaparte mit veralteten Annahmen Frankreich durchziehe. Am 10. Dezember personifizierte das Volk in seiner naiven Unwissenheit die Revolution in dem Namen Napoleon. Helfen wir dem Volke seinen Irrthum begreifen. (Casabianca verlangt das Wort.) Vereinigen Sie Ihre Klugheit mit der unserigen, weisen Sie mit uns durch die Presse! Bonaparte soll die Wahl 80 Millionen (?) gekostet haben. (Präsident Dupin; Ich ersuche den Redner, nicht zu vergessen, daß sich beide Staatsgewalten gegenseitige Achtung schulden.) Helfen Sie uns mit der ganzen Geschicklichkeit des einstigen Komitee der Rue Poitevin? Sagen wir dem Lande, daß eine inkonstitutionellen Wahl im Namen der Nationalsoveränetät energischer Widerstand geleistet wird. Zwingen Sie die friedliche Reform nicht zur gewaltsamen Revolution zu werden! — Carochesjacquelin hat das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Ich war, als ich vor achtzehn Monaten den Appell an die Nation verlangte, kein Revolutionär, aber ich dachte mit dem königlichen Märtyrer, dessen erwähnt worden, bei Gefahren des Vaterlandes, sei es Pflicht, sich an die Nation zu wenden. Als Ludwig XVI. an die Nation appellirte, glaubte er der Würde seiner Krone nichts zu vergeben. So glaube auch ich, bei der tiefen Spaltung der Parteien, mich an die Nation wenden zu müssen. Schmerzlich war es mir, daß selbst meine früheren Freunde mich einen Revolutionär nannten, da sie doch heute dasselbe thun, was ich damals that, die Frage: „Ob Monarchie? Ob Republik?“ stellen. Man nennt uns Parteigänger des göttlichen Rechtes! Kein Monarchist hat je daran gedacht. Unsere Väter haben die Monarchie ebenso wie Sie die Republik geschaffen. Was den Vorwurf des Aufwands betrifft, so war der Name den ich trage, nie in einem solchen verwickelt. Diese Erklärungen sind in einem Augenblicke nöthig, wo ich mit schwerem Herzen mich von alten Freunden trennen muß. Ich werde nicht für Revision stimmen, bevor das Gesetz vom 31. Mai reformirt ist, denn das heißt nicht den Nationalwillen befragen, wenn man ihn um ein Drittel reduzierten Wählern abverlangt. Ich wünschte Heinrich V. auf dem Throne zu sehen, aber ich ziehe die Republik einer Usurpation vor. Man verlangt Revision und weiß doch, daß man nicht dazu gelangen kann. Wenn ich für Revision stimme, was bieten Sie mir? (Stimmen rechts: Den Schluß! Gelächter.) Da liegt in der That der Knoten. Ich höre so Manchen wunderhöhn von dieser Tribüne herab sprechen und Revision verlangen. Man fürchtet eine Wiederwahl. Wenn nun die Nation einen Verbannten, einen Verurtheilten wählt? (Stimmen rechts: z. B. Abd-el-Kader. Gelächter.) Sie haben doch am 10. Dezember für ihn gestimmt! — Ich fürchte eine Wahl so wenig als die andere. Aber ich will Monarchie oder Republik, und nicht ein drittes Prinzip dazwischen. Es ist in dieser Frage endlich sonderbar, von Egalität zu sprechen, wo ein Viertel drei Viertel paralysiren kann. Derselben Ansicht sind auch Andere und ich habe gehört, man wolle nur eine ziemliche Majorität für die Revision, der Druck des Landes werde das Uebrige thun. Um diese künstliche Gewalt nicht zu vermehren, stimme ich gegen die Revision. (Viele Stimmen rechts: Schluß.)

(Schluß!) Victor Hugo beginnt mit einer erneuerten Protestation gegen das neue Wahlgesetz. Vor 1848 war das sogenannte legale Land eine Unfluth, nach 1848 ist es aber eine Unmöglichkeit. Mit dem Wahlgesetz müssen aber auch alle jene gegen Presse und Vereinrecht fallen. Will man eine Berufung, so kann eine solche nur an die wirkliche Majorität gehen. Warum verlangt man so hartnäckig Revision? Um die Geschäfte zu hemmen und den Verkehr zu lähmen? Trotz der späten Protestationen Falloux und Berruyer sind ihre Reden gegen die Republik eben nur Protestationen gegen die Revolution von 1789, denn Revolution und Republik sind identisch. Beide gehören zu einander, wie die Morgenröthe zum Sonnenaufgang. (Gelächter rechts.) — Victor Hugo erkennt die Unvollkommenheit der Verfassung an; hat sie ja doch die Todesstrafe überhaupt nicht abgeschafft, erlaubt sie unabsehbare Richter zu ernennen. (Abermals Lärm rechts.) — V. Hugo würde absehbare Richter, Geschworne auf breiter Basis wünschen. Er will Befragung des Volkes in gewissen Angelegenheiten. Die Revolution ist ihm ein Werk Jesu Christi, der dafür am Kreuze gestorben. (Beifall vom Berge.) Die französische Revolution hat den ersten Stein zu dem Gebäude gelegt, das einst die Vereinigten Staaten von Europa heißen wird. (Dampfer: Mit welcher Hauptstadt?) Und man will dem Volke das Buch des Fortschritts entreißen, die Massen zurückdrängen, die Revolutionen aufhalten?! Und wer will dies Alles? Die Monarchie und die Vergangenheit? Zwei Monarchien wollen die Republik konfiszieren, die des Prinzips und die des Ruhmes. Ich lasse hier Persönlichkeiten aus dem Spiele, die ich liebe und achte, und kann nun ruhig die Frage der Monarchie erörtern. Die Monarchie war nie ein Prinzip, sondern die Monarchie war stets nur ein Faktum. Vom Finanzstandpunkte aus hat die Monarchie Frankreich unter Andern nur 350 Millionen durch Münzverschlechterung gekostet und zwar zu einer Zeit, als man Leute wegen 5 Sous hängte. (Stimme rechts: Sprechen Sie doch von den Pensionen für die Poeten.) Sprechen Sie von einer Pension, die König Karl edel genug war, mir anzubieten und die ich ausschlug? Falloux: Ich will ein Faktum berichtigen. V. Hugo will nie Etwas von der Monarchie erhalten haben. V. Hugo: Das habe ich nie behauptet. (Gelächter rechts.) Falloux: Dann habe ich nichts zuzusetzen. V. Hugo: Als ich 17 Jahre alt war, gab mir Ludwig XVIII. eine Pension von 2000 Frks. aus seiner Privatschatulle, ich nahm sie an. Später wollte Karl X., als ein Stück von mir verboten worden, sie auf 6000 Frks. erhöhen. Ich wies es zurück, denn ich konnte nicht zur Unterdrückung meines Werkes stimmen. Der Redner zählt nun die Bankrotte der Monarchie auf. Hat man von 1793 gesprochen, so habe ich das Recht von 1815 zu sprechen! Man hätte sich, von den Konferenzen 1848 im Luxemburg zu sprechen, man könnte in der Nähe das Gespenst des Marjhall Ney erblicken! (Beifall rechts.) Wie war Frankreich größer, als jetzt, das Ausland selbst erkennt es an, nur Sie begreifen es nicht, und das ist natürlich, „Sie sind ja todt!“ Sie wollen wieder aufstehen und uns zu einer Periode zurückführen, die mit Restaurationen, Krönungsfeiern beginnt! (Dufougerais: Aber Oden, (Gelächter rechts), die mit Gesetzesverletzungen endet. Wie? sagt ihnen der Pfaff, über welchen sie täglich hier geben. (Konfessionsplatz bei der Nationalversammlung, wo Ludwig XVI. fiel, über den Louis Philipp floh.) (Stimmen rechts: Zur Ordnung.) Präsident Dupin: Sie tödten die Lebenden und erwecken die Gestorbenen! Hugo: Wie? es sollte mir nicht hier gefallt sein, als Warnung nicht aber als Drohung auf den Nachbarplatz hinzuweisen, der in einem Zwischenraum von 60 Jahren das Schaffot sah, auf dem das alte Königthum gefallen wurde, und auf dem auch die Kohnlufte fuhr, in welcher das moderne Königthum ins Exil wanderte?! ... Frankreich blüht wieder auf, und an die Republik wird man sich gewöhnen, wie man sich an das konstitutionelle Königthum gewöhnt. Unter Ihnen giebt es Söhne jener Royalisten, die einst in der Vendee gekämpft, die gegen die Grenadiere von Mainz sohten; das waren keine Bürger, sie waren nichts als Ritter, und sie trieben ein schreckliches, abscheuerliches Handwerk, denn sie kämpften den Bürgerkrieg. Allein bei alledem waren sie Edlen und spielten nicht den Fuchs. Sie starben unter dem Rufe: „Es lebe der König, und schrien es nicht von der Tribüne herab, nachdem sie sieben und zwanzig mal an einem und demselben Tage: „Es lebe die Republik!“ gerufen. Die Monarchie des Prinzips ist mithin ganz todt bei uns. (Laborde verlangt das Wort.) Man sagt uns aber, die Monarchie des Ruhmes“ sei für uns nothwendig. Ihr spracht von Ruhm? Wo ist Euer Ruhm zu finden. Frankreich senkt das Haupt — Napoleon zittert vor Scham in seinem Grabe, und nur Wägen rufen: es lebe der Kaiser. (Beifall links.) Wie? nach einem Augustus wollt Ihr einen Augustus? Weil wir Napoleon den Großen gehabt, sollen wir deshalb den „Kleinen“ bekommen. (Beifall links.) — (Caroches spektakelt von seinem Platze.) — Der Präsident: Der Redner hat das volle Recht gegen die Revision des Art. 45 der Verfassung zu sprechen, er ist aber nicht berechtigt in die Debatte Personen zu ziehen, um die es sich hier nicht handelt. — Hugo: Wir haben nicht das Recht von dem Präsidenten der Republik zu verlangen, daß er das Auser wie ein großer Mann führe, wir haben nur das Recht zu fordern, daß er es wie ein ehrlicher Mann wieder verlasse. Die den Präsidenten kompromittiren — das sind jene Wiederanbauer des Kaiserreichs, die, so oft wir von Fortschritt und Demokratie sprechen, sich auf den Boden werfen, und das Ohr gegen Norden halten, um den russischen Kanonen zu lauschen. (Donnernder Beifall links; Tumult rechts.) Die Minister erheben sich alle bestig von ihrer Bank, können sich aber unter dem allgemeinen Lärm nicht vernehmbar machen. Viktor Hugo sucht den Sinn seiner Frage zu mildern und schließt dann mit einer begeisterten Apotheose der Republik. Trotz der späten Stunde, 7 Uhr, nimmt noch Falloux das Wort, um den Eindruck zu verwischen, denn eine Erinnerung an die Hinrichtung des Marjhall's Ney unter den Bonapartisten bewirkt hat, und zugleich einiges Verbindliche für den Präsidenten der Republik hinzuzufügen. Da Falloux von dem „großen Schatten“ Ney's spricht, dessen Andenken Allen Schauer einflöße, so eilt einer der Söhne des Marjhall's an den Fuß der Tribüne, um dem legitimsich Redner dankbar die Hand zu drücken, was nicht geringes Aufsehen erregt. Zum Schluß rechtfertigt sich auch noch Falloux gegen die in Journalen verbreitete Auslegung seiner neulichen Rede, als habe er mit den Rosaken drohen wollen, und ruft einem Montagnard zurück, daß er in einem Klub geküßert habe: „Ich will lieber die Rosaken in Paris sehen, als die Seluiten.“ Wenn er vom Ausland gesprochen habe, fügt Falloux hinzu, so habe er damit nichts Anderes beabsichtigt, als sein Vaterland von seiner wahren Lage in Kenntniß setzen zu wollen, statt ihm zu schmeicheln und es zu betrügen, wie der Marjhall Soult auch gethan habe, als er von der Deputirtenkammer die Summen zur Befestigung von Paris verlangte. Victor Hugo will noch antworten, allein die Versammlung geht aus einander, und ein Guisier setzt Victor Hugo in Kenntniß, daß der Präsident Dupin ebenfalls den Stuhl schon verlassen hat, womit die Sitzung, bis jetzt die lärmvollste, obschon politisch nicht sehr wichtige, aufgehoben ist.

Schweiz.

Bern, 13. Juli. [Die Wahl Stämpflis] ist noch immer fast der einzige Gegenstand des Tagesgesprächs. Die konservative Partei fühlt das Gewicht dieser Wahl nur zu sehr, daher erhebt sie in allen ihren Organen ein wahrhaft pöbelhaftes Geschimpf gegen ihn. Hallunke, Lügner, Kommunist sind noch die gelindesten Bezeichnungen, die ihm von seinen Gegnern zu Theil werden. Doch alle diese Anstrengungen sind vergeblich; in den meisten Landgemeinden ist die Nachricht von Stämpflis Wahl mit dem ungeheuersten Enthusiasmus aufgenommen und durch Freundschaften gefeiert worden. Am großartigsten war der Jubel auf dem Genfer Schießplatze, als dorthin diese Nachricht kam. Der erste Verkünder derselben wurde im Triumphe durch die Stadt getragen, und die Lebehochs auf Stämpfli ertönten stundenlang aus allen Häusern und von allen Plätzen. Seit gestern ist hier das Gerücht verbreitet, daß der Berner Regierungsrath in Pleno seine Entlassung nehmen wolle; Bösch, der Präsident, soll insbesondere darauf dringen, weil er Stämpflis Wahl durchaus nur als eine Desavouierung ihres Regiments von Seiten der Bundesbehörden betrachten könne, und somit dem Berner Volke die Gelegenheit gegeben werden müsse, sich durch Neuwahlen entweder für sie oder für die Bundesbehörden in ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung auszusprechen. Nur an dem Widerstande zweier Mitglieder Moschard (Erziehungs-Direktor) und Güters (Finanz-Direktor), soll sich die Ausführung dieses wichtigen Entschlusses noch hinhalten. — Die „Tribüne suisse“ ist in ihrer letzten Nummer mit einer neuen Beschuldigung gegen die Berner Patrizier aus der napoleonischen Zeit aufgetreten. Sie behauptet,

tet nämlich, daß die damals regierenden Herren für die von den Landbewohnern Berns dem französischen Heere gemachten Lieferungen vollständige Bezahlung erhalten, daß aber die Lieferanten nie etwas von den dafür bezahlten Geldern erhalten hätten. Da nun diese Gelder nicht in die öffentlichen Kassen gelangt seien, so müßten sie, meint jenes Blatt, wohl in die Taschen der Patrioten verschwunden sein. Es ist leicht zu ermessen, daß diese neue Anklage nicht wenig dazu beiträgt, den Haß gegen das gegenwärtige Regiment zu vermehren.

Aus dem Jura, 14. Juli. [Umschlag in der öffentlichen Meinung.] Nun die oberste eidgenössische Behörde durch die Wahl ihrer Präsidenten der Berner Opposition gleichsam die Sanction gegeben hat, findet ein rascher Umschlag in der öffentlichen Meinung statt; und was sich bisher versteckt gegen die schwarze Regierung in Bern äußerte, tritt offen und unverholen auf. Schon vor 8 Tagen begann im Hauptort Laufen das Abprügeln der Landjäger, weshalb die dortige Station um 12 Mann vermehrt wurde. Doch auch diese Zahl konnte den Demonstrationen der Regierungsgegner keinen Einhalt thun. Die gestrige Versammlung aber, die zu vielen Befürchtungen Anlaß gab, ist ruhig abgelaufen. Nur das verbotene „Zin-Zin“ wurde angestimmt, und die ebenfalls geächteten Tannentreiber wehten von Hüten und Mägen. Ein Theil der konservativen Presse giebt sich vergeblich Mühe, die Bedeutung dieser sich häufenden Erscheinungen abzuleugnen, indem ja gerade ein anderer Theil derselben auf das heftigste gegen National- und Stände-Rath loszieht, und eine staatsgefährliche Katastrophe prophezeit. *) Diese Begriffsverschiedenheit im feindlichen Lager mehrt nothwendig das Selbstvertrauen der Radikalen, die nunmehr ihrem Ziel: „Abberufung des jetzigen großen Raths“, direkt zusteuern. Man will im August eine allgemeine Volksversammlung für den ganzen Canton berufen und zwar gerade nach Münsingen, den Zeugen der vorjährigen Niederlage, so wie des Sieges im Jahre 1831. Der Ort wäre gut gewählt, wie überhaupt der Berner Radikalismus, seit er so unverhofft aus dem grünen Sessel geworfen wurde, besser diszipliniert und geleitet ist. Nach einer andern Version würde man die Nationalrathswahlen abwarten und aus deren voraus-sichtlichem Ergebniss (nämlich einer liberalen Mehrheit derjenigen Abgeordneten, welche der Canton Bern zu wählen hat) ein Volksurtheil und dessen weitere Konsequenzen ableiten.

Großbritannien.

London, 16. Juli. [Die Kap-Angelegenheit.] In der gestrigen Sitzung des Oberhauses stellte Graf von Derby (der frühere Lord Stanley) den Antrag, die amtlichen Dokumente über die Kap-Verfassung einer besonderen Kommission des Oberhauses zur Prüfung und Beurtheilung vorzulegen. Seit dem Jahre 1842 datirt die Agitation der Kolonisten zur Erlangung einer Repräsentativ-Verfassung. Damals war Lord Stanley gegen die Gewährung der Wünsche der Kolonisten; er hielt sie nicht für reif und die Ausführung für zu schwierig. Seitdem kamen die Whigs aus Ruder und machten den Kolonisten Hoffnungen, welche, wie der nunmehrige Graf von Derby bemerkte, durch die von dem Ministerium in London entworfene Constitution getäuscht wurden, denn diese befriedigte dort Niemand. Das einmal gegebene Versprechen müsse aber nun gehalten werden. Er schlage daher die Vermittelung des Parlaments vor, um die Spannung zwischen den Kolonisten und dem Kolonialamt in Güte zu beiseitigen. Es sei kein feindseliges Motiv gegen die Regierung, das ihm die Motion eingegeben habe, vielmehr die Absicht, die Interessen der Kolonisten zu wahren. Graf Grey, der Kolonialminister, meinte jedoch, die Rede des ehlen Lords habe keinen erzieherischen Zweck, außer daß es auf einen Parteitriumph abgesehen sei. Lord Derby könne nicht leugnen, daß er als Lord Stanley und Kolonialminister im Jahre 1842 den Kolonisten hartnäckig und grundtätig jede billige Konzession verweigert habe. Die jetzige Regierung aber habe das alte System entschieden aufgegeben, und wenn die von ihr verliehene Verfassung noch mit Schwierigkeiten zu kämpfen habe, so liege das in der Natur der Dinge, im Widerstande einer kleinen holländisch gesinnten Minorität, in einigen verzeihlichen Mißgriffen des Gouverneurs und anderen Umständen, über welche die heimische Regierung keine Macht habe; übrigens sei das Kolonialamt auf dem besten Wege, die Differenzen mit dem Kap gütlich auszugleichen, und die Durchführung der Constitution werde nur noch durch den hoffentlich bald beendigten Kaffernkrieg aufgeschoben. Der Antrag sei ein Tadelvotum, dessen Annahme andere Kolonien aufmuntern würde, bei ihren Streitigkeiten mit dem Kolonialamt die Opposition des Mutterlandes in einer, den Interessen Großbritanniens höchst gefährlichen Weise zu Hilfe zu rufen. — Lord Malmesbury und Lord Lyndhurst unterstützten den Antrag des Grafen von Derby, ersterer, weil eine octroyirte Verfassung die Kolonisten nicht befriedigen könne, letzterer, weil er vom juristischen Standpunkt das ganze Verfahren des Kolonialamts für ungesetzlich halte. Der Herzog von Argyll nahm die Partei der Regierung, welche höchst liberal, mit Ausnahme des Streits in der Transportsations-Frage, und sehr vernünftig gegen das Kap gehandelt habe. Etwas anderes als ein Tadelvotum könne die Motion nicht bedeuten, die besondere Kommission sei ein leerer Vorwand. — Dasselbe bemerkte Lord Wharnclyffe: Die Kommission hätte bei der vorgerückten Periode der Session kaum Zeit, sich zu bilden. — Die Abstimmung ergab für die Motion 68, gegen dieselbe 74 Stimmen. Die Regierung hatte also eine kleine Majorität von 6 Stimmen.

[Ueber den Kaffernkrieg] berichtet die Weserzeitung vom Keisklammafluß (Cap der guten Hoffnung), 25. April: Wiederum ist hier der erst im Jahre 1847 erstickte Krieg mit den Kaffern entbrannt, und wird vom Feinde mit all der Schlaueit, all der List geführt, die der Kaffer mit dem Indianer gemein hat. Keinem Angriffe in Massen Stand haltend, im Rücken und in den Flanken der sie bedrohenden Detachements plötzlich auftauchend, überfallen sie zu Hunderten dieselben, hervorwachsend aus dem Dickig, aus ihren Feuertreibern einen Kugeltregen von den Höhen herabsendend auf die Arglosen, die sich mit einemmale in einen Hinterhalt gelockt sehen: und wenn dennoch die europäische Disziplin trotz aller Verluste den Sieg davon trägt, verschwinden sie gespenstisch in unzugängliche Schlupfwinkel. Schon umschwärmen sie in Massen Grahamstown; in den nächsten Umgebungen dieser stets den ersten Ueberfällen ausgesetzten Stadt erschließen die Kaffern Felsen, der sich unvorsichtig aus den Thoren wagt, und die Boers an der Grenze (von holländischer Abkunft, die noch immer den alten Nationalhaß gegen die Engländer hegen) scheinen zum Theil es mit den Kaffern zu halten, und sie mit Munition und Schießgewehren zu versehen. Immerhin mag es auch eine Politik sein, die ihnen die Klugheit und der Trieb der Selbsterhaltung eingelegt, denn sie sehen sich den feindlichen Ueberfällen tagtäglich ausgesetzt, ohne je auf rechtzeitige Hilfe mit Sicherheit rechnen zu können. Diesen großen Fehler haben überhaupt Maitland und andere englische Generalgouverneure, wie jetzt auch Generalmajor Smith sich schon mehrfach zu Schulden kommen lassen, daß sie stets zu spät einem solchen drohenden Einbruche begegnen und sich nicht an die Zeichen kehren, die demselben vorangehen, immer im guten Glauben an die Versprechungen und Freundschaftsversicherungen, die ihnen von diesen schlaunen Kafferhaupteingern bis zum letzten Augenblicke gemacht werden.

*) So citirte hinsichtlich der Wahl Stämpf ein „frommes“ Blatt das Buch der Richter 9, 15, und die Stelle, wo die Bäume den Dornbusch zum König wählten.

Der angesehenste, furchtbarste und thätigste darunter ist Krelli, der Sohn Hingas, welcher den Engländern den Tod seines Vaters nimmer vergeben wird. Hinga, dessen Gebiet der Keisklamma im Westen begrenzte, hatte im Jahre 1846, wie der wilde Häuptling Pato (der augenblicklich auch dieselbe Politik zu beobachten scheint), wie die Häuptlinge Hongo, Umkei und Kama im Geheimen seinen Landsleuten in ihrem Treiben allen erdenklichen Vorschub geleistet, auch das von den übrigen Kaffern geraubte Vieh in sein Gebiet aufgenommen, während er, scheinbar unthätig, die Engländer mit Freundschaftsversicherungen überhäufte. Als nun nach ungeheuren Anstrengungen die britische Armee bis an den großen Kei, sechszig und einige Meilen hinter dem Keisklamma, vorgedrungen war, erklärte man damals dem Hinga, dessen Verrath durchschaut worden, den Krieg, und zwang ihn bald, um Frieden zu bitten. Hinga begab sich freiwillig als Geisel in das englische Feldlager, angeblich, um die Ausführung der stipulirten Friedensbedingungen zu beschleunigen und zu überwachen, heimlich aber sann er auf Flucht, obgleich man ihn in einem solchen Falle mit dem Erschießen bedroht hatte. Seine Waffen waren ihm gelassen, auch war er wohlberitten, und so machte er denn plötzlich einen Versuch zur Flucht, ward aber vom jetzigen Generalgouverneur, damaligen Obersten Smith eingeholt und im Ringen vom Pferde geworfen. Seinen Affagat von der Seite zu reißen um den Obersten zu durchbohren, war das Werk eines Augenblicks, doch eben so schnell war der gewaltige Stoß parirt. Der gewandte Häuptling entschlüpfte ins Dickicht, aber die Kugel eines verfolgenden englischen Soldaten streckte ihn nieder, ehe er einen sichern Zufluchtsort gefunden. Hingas ganzes Gebiet wurde „aufgegriffen“ (wie es in dem hier gebräuchlichen Ausdruck heißt, d. h. konfisziert) und britische Beamten erhielten die Oberaufsicht. — Mannichfach hat aber auch die englische Regierung bereits gegen die Kolonie gesündigt, und daher nie sich die volle Sympathie der Bevölkerung erworben, die um Verleihung einer selbstständigen Verfassung seit Decennien vergeblich petitionirt. — Der jetzige Kaffernkrieg am Cap der guten Hoffnung ist bereits der siebente in der Zahl. Der sechste, der im Jahre 1847 mit der Ueberwältigung der wilden Stämme endigte, kostete dem britischen Mutterlande 2 Millionen Pfd. St.

London, 17. Juli. [Kardinal Wisemann.] Zum großen Erstaunen der „Todtenhand-Kommission“ des Unterhauses stellte Kardinal Wisemann sich heute Mittag bei ihr ein, um die verlangte Auskunft über die katholischen Kirchengüter zu geben. Er war von einem zahlreichen Gefolge von Geistlichen, meistens Convertiten, begleitet, und die Verhandlung begann fogelich ohne die geringste Schwierigkeit von seiner Seite. Ohne Zweifel haben Se. Eminenz bei reiflicher Ueberlegung gefunden, daß es nicht rathsam sei, der Allmacht des britischen Parlaments zu trotzen, welches sich am Ende, trotz seiner Eigenschaft als Fürst der Kirche nicht gescheut haben würde, ihn wegen Verletzung der Privilegien des Hauses nach dem Tower zu schicken.

[312] Todes-Anzeige.

Am 20ten d. M. starb nach kurzem Krankenlager im 61sten Lebensjahre unser hochgeehrter Herr Conrater, der Pfarrer Karl Thamm zu Leuthen, mit den heiligen Sterbesakramenten versehen, sanft im Herrn. Requiescat in pace!

Die Beerdigung wird am 23ten um 8 Uhr erfolgen.

Die Archipresbyterats-Geistlichkeit.

[311] Todes-Anzeige.

Den am 20. Juli nach kurzen, doch aber schweren Leiden erfolgten Tod des Pfarrers Karl Thamm zu Leuthen, zeigen tiefbetrübt, um stille Theilnahme bittend, den Freunden des Verbliebenen an:

die hinterbliebenen Verwandten.

J. Tenschert nebst Frau und Kindern. Hermannsdorf bei Zauer.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier auf der Lanzenz.-Straße Nr. 12, sonst 4a. B., belegenen, auf 17,099 Rthlr. 12 Sgr. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 21. Novbr. 1851,

Vormittags 11 Uhr, in unserem Parteinzimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.

Breslau, den 19. April 1851.

[414] Königl. Stadt-Gericht. Abth. I.

[716] Geübte Ziegelfreier

finden dauernde Beschäftigung und erfahren das Nähere in der Tuch- und Herren-Garderobe-Handlung, Reuschestraße Nr. 2.

Substitutions-Bekanntmachung.

Zum nothwendigen Verkaufe des hier selbst auf dem Neumarkt Nr. 17 belegenen, auf 13,617 Rthlr. 29 Sgr. 3 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin

auf den 19. Septbr. 1851,

Vormittags 11 Uhr, in unserem Partein-Zimmer — Junkern-Straße Nr. 10 — anberaumt.

Taxe und Hypotheken-Schein können in der Substitutions-Registratur eingesehen werden.

Zu diesem Termine werden alle unbekannten Realpräventanten zur Vermeidung der Ausschließung mit ihren Ansprüchen, der Arbeiter D. A. Tische oder dessen Erben, sowie die verw. Frau Voelter, Johanne Maria, geb. Tische oder deren Erben, hierdurch vorgeladen.

Breslau, den 18. Februar 1851.

408] Königl. Stadt-Gericht. Abtheilung I.

Markt-Preise.

Breslau am 21. Juli 1851.

	feinste	feine	mit.	ordin.	Waare
Weißer Weizen	64	62	59	57	Egr.
Gelber dito	62	60	58	56	
Roggen	42	40	39	37	
Gerste	34	32½	31	30	
Hafer	32	30	29	28	
Kap.	75	72	68	66	
Winter-Rüben	73	72	70	68	
Spiritus	7½	Rthl. Br.			

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

Börsenberichte.

Berlin, 19. Juli. Die Börse war heute in besserer Stimmung und viele Effekten, namentlich Rheinische Eisenbahn-Aktien wurden höher bezahlt.

Eisenbahn-Aktien. Köln-Minden 3½ % 105¼ à 106 bez., Priorität 5 % 105 Br. Krakau-Oberlesische 4 % 84½ Gld., Priorität 4 % 87 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 4 % 37½ Br., Priorität 5 % 100¼ Br. Niederschlesisch-Märkische 3½ % 90¼ à ½ bez., Priorität 4 % 98½ Br., Priorität 5 % 102½ bez., Serie III. 5 % 104 Gld. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4 % 27½ Br. Oberschlesische Luth. A. 3½ % 133¼ à 34½ bez. und Gld. Luth. B. 3½ % 123 Br. — Geld- und Fonds-Course. Freiwillige Staats-Anleihe 5 % 106½ bez. Staats-Anleihe von 1850 4½ % 104½ bez. Staats-Schuld.-Scheine 3½ % 88½ Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 122½ bez. Posener Pfandbriefe 4 % 102½ Gld., 3½ % 92½ Gld. Preussische Bant-Antheile 99¾ Br. Polnische Pfandbriefe alte 4 % 94½ Gld., neue 4 % 94½ Gld. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4 % 84½ Br., à 300 Fl. 143½ Br.

Wien, 19. Juli. Bei nicht sehr belebtem Umsatz in Fonds blieben selbe fest und unverändert. Nordbahn-E.-B.-Aktien erfuhren abermals starke Schwankungen und wurden solche von 149½—152½ gemacht, um wieder matter zu schließen. Wechsel waren etwas niedriger, ebenso Comptanten. Coupons höher begehrt.

5 % Metalliques 97, 4½ % 85; Nordbahn 152; Coupons 2½; Hamburg 2 Monat 175½; London 3 Monat 11.40; Silber 120½.